



TTIP stoppen!

Für einen gerechten Welthandel!

Mit der Verleihung des **Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises** an Amirul Haque Amin, dem Präsidenten der National Garment Workers Federation (Nationale Gewerkschaft der Textilarbeiter, Bangladesch), hat die Stadt Nürnberg auch in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte geleistet. Der **Blick der Öffentlichkeit** wird nicht nur auf die **skandalösen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie** in Bangladesch gerichtet. Der Preisträger steht auch dafür, dass man **bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen** gegen den starken Widerstand der Unternehmer **erkämpfen** kann. Zum Beispiel konnte ein Mindestlohn, ein Anspruch auf eine Woche Urlaub und Verbesserungen beim Brandschutz und der Gebäudesicherheit durchgesetzt werden.

Deswegen möchten wir den Blick auf die Handelsabkommen lenken, die weltweit Lebensbedingungen negativ verändern.

Zurzeit wird zwischen der EU und der USA über ein Freihandelsabkommen verhandelt. Die offizielle Bezeichnung dieses Abkommen lautet „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (englisch „**Transatlantic Trade and Investment Partnership**“, **TTIP**). Die Betonung auf „Investitionspartnerschaft“ zeigt das eigentliche Ziel des geplanten Abkommens: Optimierung der Bedingungen für Investoren.

Deutschland und die EU haben – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – bereits viele neoliberale Handelsabkommen abgeschlossen, die in die gleiche Richtung wie TTIP zielen: **Steigerung der Profite, insbesondere für multinationale Konzerne**; Vertragsklauseln, die es den betroffenen Ländern oft unmöglich machen, lokale Märkte zu schützen, und, als Folge: **Lohnsenkungen und schlechtere Arbeitsbedingungen**. Das geplante Abkommen EU – USA reiht sich hier ein, hat aber wegen der Größe des Wirtschaftsraums, der entstehen soll, eine besondere Bedeutung. Die Länder des globalen Südens werden sich an den hier gesetzten „Standards“ orientieren müssen.

Die Verwirklichung der Menschenrechte beinhaltet auch, dass jede/r genügend Mittel für Nahrung und Kleidung hat, in einer angemessenen Wohnung leben kann und Zugang zu ärztlicher Versorgung und zu sozialen Leistungen hat (vgl. Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Um dies zu erreichen, muss der Reichtum weltweit gerecht verteilt werden, gute Lebensbedingungen für alle Menschen sollte das Ziel sein. Die Politik, die Deutschland und die EU zurzeit verfolgt, bewirkt genau das Gegenteil: die Profite steigen, die soziale Ungleichheit nimmt zu.

Einige wichtige Kritikpunkte an TTIP:

- Im Mittelpunkt von TTIP steht der Schutz der Investoren. Unternehmen, die in ihren Gewinnerwartungen enttäuscht werden, können Staaten bzw. öffentliche Körperschaften, wie Kommunen, verklagen, z.B. wenn durch erhöhte Umweltschutzauflagen eine Investition unwirtschaftlich wird.
- Mit „Handelshemmnissen“, die durch TTIP abgebaut werden sollen, sind weniger unterschiedliche technische Standards und Normen gemeint, sondern soziale Errungenschaften, wie etwa Bestimmungen zur Entlohnung oder zum Gesundheitsschutz.
- Nach dem Inkraft-Treten können die beteiligten Länder keine neuen „Handelshemmnisse“ mehr einführen. Dies bedeutet z.B. konkret, dass die beteiligten Staaten dann nicht mehr frei sind, Bestimmungen zum Gesundheitsschutz zu verbessern.
- TTIP übt einen Zwang zur Privatisierung aus: Öffentliche Investitionen dürfen gegenüber privaten Investoren nicht mehr bevorzugt werden.
- TTIP wird im Geheimen verhandelt. Öffentlich zugänglich ist im Wesentlichen nur das Verhandlungsmandat der EU, jedoch nicht der aktuelle Verhandlungsstand oder die konkreten Verhandlungspositionen der EU bzw. der USA.

Zudem: Wenn durch TTIP Preisvorteile für Betriebe aus der EU bzw. USA entstehen, werden logischerweise Unternehmen aus anderen Ländern Marktanteile verlieren, etwa die Textilfirmen aus Bangladesch. TTIP wirkt sich negativ auf die Marktchancen der weniger entwickelten Länder aus.

TTIP und alle neoliberalen Handelsabkommen in die Tonne!

Von Politikern der Regierungsparteien werden die neoliberalen Handelsabkommen und insbesondere auch TTIP als alternativlos verkauft. Es gibt jedoch Alternativen!

Warum sollte nicht die Entwicklung von lokalen Märkten den Vorzug haben gegenüber den Profitinteressen von multinationalen Konzernen? Warum wollen wir weiterhin zulassen, dass durch den Export von industriell hergestellten, billigen Agrarprodukten Wirtschaftsstrukturen im globalen Süden zerstört werden? Und warum sollte es nicht möglich sein, dass die Textilarbeiter/innen in Bangladesch so viel verdienen, dass sie davon gut leben können?

Notwendig ist eine demokratische, soziale und ökologische Handels- und Investitionspolitik, weltweit!

Dafür demonstrieren wir am 10. Oktober in Berlin!

Busfahrkarten: DGB Mittelfranken, Nürnberg, Südausgang Hauptbahnhof – Abfahrt 5:45 Uhr, Anmeldung: nuernberg@dgb.de, Tel. 0911-24916-72 (keine Fahrtkosten, nur für Gewerkschaftsmitglieder); **Bündnis 90/Die Grünen, Nürnberg**, Mauthalle – Abfahrt 6:00 Uhr, Anmeldung: <http://www.gruene-nbg.de/> (Kostenbeteiligung 25,-/35,- €); **attac – Mitfahrbörse**: <http://ttip-demo.de/anreise/mitfahrboerse/>

